

---

Freie Demokraten im Hessischen Landtag

# **STRASSENBEITRÄGE**

30.01.2018

---

-



Willen der Bürgermeister und Stadtverordneten gezwungen, Straßenbeitragssatzungen einzuführen. Diese Einschränkung der Kommunalen Selbstverwaltung wollen wir durchbrechen, indem wir den Kommunen die Freiheit der Entscheidung zurückgeben. Wer den ländlichen Raum und die Ortskerne unserer Dörfer stärken will, der darf nicht unverhältnismäßig hohe finanzielle Belastungen für Eigentümer zulassen.“

„Nach dem Vorbild Schleswig-Holsteins wollen wir die Hessische Gemeindeordnung ändern, so dass hier die Pflicht zur Erhebung von Straßenbeiträgen zukünftig entfällt. Nach der geltenden Rechtslage sollen die Kommunen Straßenbeiträge erheben. De facto gilt aber eine Erhebungspflicht, sobald die Kommune defizitär wird. Es kann aber nicht sein, dass je nach Kassenlage Anwohner für die Straße zahlen müssen oder nicht. Das wäre sehr ungerecht. Deshalb sollen die Kommunen selbst entscheiden können und den Weg für sich wählen, den sie mit ihren Bürgern vereinbaren. Die Gesetzesbegründung stellt dabei klar, dass der Verzicht auf die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen nicht zu Nachteilen bei der Genehmigung des Haushaltes oder der Mittelzuweisung des Landes führen darf. Weiterhin ändern wir das Kommunalabgabengesetz (KAG) und machen hier aus der bisherigen „Soll-Vorschrift“ eine „Kann-Vorschrift“.

„Der zweite Punkt unseres Gesetzes betrifft die Höhe der Veranlagung. Wenn Anwohner veranlagt werden, dann muss die Gemeinde entscheiden dürfen, mit wie viel Prozent das geschehen soll. Dadurch könnten kommunale Ziele, wie die Dorfkernsanierung, stärker berücksichtigt werden.“

---

Kontakt:

Pressestelle der Freien Demokraten im Hessischen Landtag

Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden

Telefon: 0611 350-566 | E-Mail: [presse-fdp@ltg.hessen.de](mailto:presse-fdp@ltg.hessen.de)